

Warum braucht die Schweizer Wirtschaft ein ambitioniertes CO₂-Gesetz?

Neun Antworten auf die neun praktischsten Ausreden der Politik

Ausrede Nr. 1: Kalte Winter und Debatten um den IPCC-Bericht werfen Zweifel am menschengemachten Klimawandel auf.

Die Grundaussagen IPCC sind unumstritten. Treibhausgas-Emissionen und ihre Konzentration in der Atmosphäre waren noch nie so hoch wie heute. Regionale und globale Kälteperioden gehören zu den statistischen Schwankungen auf einer nach oben zeigenden Kurve. Die mittelfristige globale Erwärmung des Klimasystems ist belegt und laut den vorsichtigen Aussagen des IPCC-Berichts mit über 90% Wahrscheinlichkeit zum grössten Teil durch anthropogene Treibhausgas-Emissionen verursacht. Mehr zur Diskussion um den IPCC-Bericht: Proclim-Newsletter (<http://proclim4f.scnat.ch/4dcgi/proclim/de/News?1182>).

Ausrede Nr. 2: Solange man nicht alle Fakten kennt, wäre es gewagt etwas zu tun, weil man vielleicht das Falsche tut.

Emissionsreduktion kann nicht „falsch“ sein. Sicherheitshalber müssten die Industrieländer bis 2020 mindestens 40% reduzieren, um eine Erwärmung von mehr als 2°C gegenüber vorindustriellem Niveau mit hoher Wahrscheinlichkeit zu verhindern. Je später die Emissionen sinken, desto teurer und einschneidender die Massnahmen. Sehr hohe Wahrscheinlichkeiten müssen für das Risikomanagement genügen.

Ausrede Nr. 3 Der Klimawandel betrifft uns nicht, sondern nur die Länder, die sich nicht anpassen können. Bei uns gibt es auch Chancen, es ist doch schön, wenn es wärmer wird.

Eine Erwärmung um 2°C bedeutet im Alpenland Schweiz im Schnitt rund 4°C (!). Klimawandel heisst nicht schöneres Wetter, sondern v.a. Zunahme von Extremereignissen mit ökonomisch grösstenteils negativen Folgen für die Berggebiete, die Landwirtschaft, den Tourismus und die Wasserkraft, aber auch die Gesundheit (vereinzelte Chancen wie höhere Erträge bei gewissen Pflanzen sind nur bei einer abgebremsten Erwärmung gegeben). Hinzu kommen die indirekten Folgen (Migration, Nahrungsmittelknappheiten/Preissteigerungen, Ressourcenkonflikte, etc.). Wir sollten als Gesellschaft nicht nur in die Bildung unserer Kinder, sondern auch in möglichst stabile Zustände in 50, 60 Jahren investieren.

Ausrede Nr. 4: Wir setzen besser auf Geo-Engineering und Anpassung. Dies kommt günstiger als eine Emissionsreduktion.

Weder Anpassung noch Reduktion alleine können die Auswirkungen des Klimawandels heute noch vermeiden. Es gilt als gesichert, dass ohne gleichzeitige Abbremsung der Erwärmung die Anpassung auch für reiche Länder nicht bewältigbar und bezahlbar sein wird. Leider ist zum heutigen Zeitpunkt auch noch keine technologische Lösung des Klimaproblems absehbar.

Ausrede Nr. 5: Die Schweiz verursacht nur 0.2% der weltweiten Emissionen und kann das Klimaproblem allein nicht lösen. Zudem hat sie bereits ihre Hausaufgaben gemacht mit einer sehr CO₂-armen Stromproduktion und der besten CO₂-Bilanz pro Kopf aller Industriestaaten.

„Nur wenn alle vor der eigenen Haustüre kehren, wird die Strasse sauber“. Die Schweizer pro-Kopf-Emissionen wären rund doppelt so hoch, wenn die Importe mitberücksichtigt würden (graue Emissionen).

Es geht nicht nur um den pro-Kopf-Verbrauch, sondern um die tatsächliche Reduktion der Klimaerwärmung > 2°C. Gemäss Bundesamt für Statistik stieg der CO₂-Ausstoss der Wirtschaft in der Schweiz von 1990 bis 2005 um 0.4 Mio. Tonnen CO₂eq. Mit dem Einstieg in die Zukunftsmärkte knüpfen wir an die Schweizer Erfolgsgeschichte an (die richtigen Nischen früh besetzen und dort die Stärken ausspielen).

Die Schweiz profitiert davon gemäss McKinsey im Export mit zusätzlich 16'000 Arbeitsplätzen. Halbherzige Kompromisse kosten die Schweiz hingegen mehr, wenn sie von den europäischen Nachbarländern überholt wird (nicht nur von China und USA, die diesen Exportmarkt ebenfalls entdeckt haben). Schliesst sich ein Land rechtzeitig mit klaren Rahmenbedingungen den Wachstumsmärkten an, hat es hingegen auch die Gewinne.

Ausrede Nr. 6: Die Schweiz soll nicht vorseilen, sondern auf internationale Koordination warten. Unilaterale Regelungen fördern die Emissionsverlagerung (Carbon Leakage). China kann billiger Erdöl beziehen, wenn wir hier sparen. Auf jeden Fall darf die Schweiz nicht weitergehen als die EU.

„Vorseilen“: Was spricht dagegen, wenn es ökonomisch Sinn macht?

Warum sollten wir nicht vor den anderen Ländern in den wichtigen Märkten präsent sein? Eine aktivere Rolle in der internationalen Klimapolitik würde unserem internationalen Image gut tun, unseren Einfluss international stärken und es macht ökonomisch Sinn. Dabei sollte sich die Schweiz nicht am tiefen EU-Durchschnitt orientieren, sondern an vergleichbaren EU-Staaten mit wesentlich höheren

Reduktionszielen (z.B. Deutschland, Schweden). Die Schweiz kann mit einer aktiveren Rolle die fortschrittlichen Länder unterstützen, statt diese mit Zuwarten zu schwächen.

Ausrede Nr. 7: Kopenhagen ist gescheitert und es bringt nichts, verbindliche Reduktionsziele festzulegen, wenn sie nicht eingehalten werden können. Investieren wir besser in Forschung und Entwicklung und setzen auf freiwillige Massnahmen.

Freiwillige Massnahmen und Forschungsförderung sind sinnvoll, genügen aber nicht.

Nur wenn Anreize richtig gesetzt werden, wird neuen Technologien und Industrien zum Durchbruch verholfen. Bei klaren, verlässlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen (z.B. CO₂-Abgaben auf Brennstoffe), mit einem gut abgestimmten Mix aus marktwirtschaftlichen Anreizen, Standards und flexiblen Instrumenten sowie freiwilligen Initiativen profitiert die Wirtschaft und nimmt frühzeitig Anpassungen vor. Dies kommt günstiger, als wenn kurzfristig viele Arbeitsplätze vernichtet werden, weil Firmen nicht auf steigende Erdölpreise vorbereitet sind.

Unsicherheit ist Gift für Investitionen: Wenn heute ein lasches CO₂-Gesetz beschlossen wird, bleiben wichtige Investitionsentscheide aus. Der Trend nach Kopenhagen zeigt: Der nötige Investitionsschutz für die Wirtschaft über einen internationalen Vertrag („top-down“) dauert zu lange. Die Länder setzen deshalb auf nationale und v.a. auch regionale Politiken („bottom-up“, siehe EU und andere grosse Player).

Ausrede Nr. 8: Massnahmen in der Schweiz sind zu teuer. Das Potential ist ausgeschöpft. Die Schweiz muss internationale Verantwortung übernehmen. Wir sollten unsere Ziele über flexible Mechanismen im Ausland wahrnehmen (kostengünstiger).

Auslandmassnahmen machen nur kombiniert mit ambitionierten Inlandmassnahmen Sinn. Auslandmassnahmen reduzieren meistens nur das *Wachstum* der Emissionen in Entwicklungs- und Schwellenländern (gegenüber einem „Business as Usual“). Die Emissionen müssen jedoch global massiv *reduziert* werden, um die 2°C-Grenze einzuhalten. Da die Industrieländer einen höheren pro-Kopf-Ausstoss haben, kann es ihnen bestenfalls gelingen, von den Schwellenländern die Verlangsamung des Wachstums zu verlangen. Die Reduktion muss deshalb von den Industrieländern kommen (laut IPCC 2007 mindestens 25 bis 40% bis 2020). Der Vorteil: Inlandmassnahmen dienen der Wertschöpfung im eigenen Land. Die Wertschöpfung bleibt im Land und geht nicht in Ölförderländer. Auslandkompensationen können zusätzlich zu ambitionierten Inlandmassnahmen Sinn machen. Auslandkompensationen können ein Mittel sein, um international höhere Gesamtreduktionsziele anzubieten und einen kosteneffizienten Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung im Süden zu leisten.

Ausrede Nr. 9: Klimaschutz ist wichtig, man muss aber auch die wirtschaftlichen Interessen mit abwägen, auch wegen den sozialen Konsequenzen.

Wirtschaftsnah denken und handeln und gleichzeitig eine ambitionierte Klimaschutzpolitik zu fordern: ja, das passt zusammen. Ende 2009 wurde „Swissclantech“ gegründet. Diese Organisation vertritt die Interessen aller ambitionierten Unternehmen (auch ausserhalb der Cleantechbranchen). Aber auch emissionsreiche Firmen profitieren von einem klimafreundlicheren Standort Schweiz, da mittelfristig die Energiekosten sinken, der Standort insgesamt an Attraktivität gewinnt und das Image der Schweiz verbessert wird.

Weitere Argumente zur Wirtschaft und Klimapolitik

siehe <http://www.klimainitiativeja.ch/Arbeitsplaetze-hier.178.0.html>

Es gilt die Formel: Höhere Reduktionsziele bewirken in Kombination mit den richtigen Massnahmen in der Schweizer Wirtschaft ZUSÄTZLICHE Arbeitsplätze. Selbst mit der Annahme des sehr tiefen Ölpreises von 50 USD/Barrel und verhältnismässig tiefen Reduktionszielen im Inland von unter 20% sind 27'000 neue **Netto**-Arbeitsplätze gemäss der McKinsey-Studie realistisch. Die Klima-Initiative wird diesen Effekt verstärken.



Klima Initiative
Initiative Climat
Iniziativa Clima

Kornplatz 2, 7000 Chur
T 081 257 12 21
F 081 257 12 29

info@klimainitiativeja.ch
www.klimainitiativeja.ch
www.oui-initiativeclimat.ch